

Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends. Monatsbezugspreis 0,50 Goldmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. St.

Anzeigen: Für die dreigespaltene Petitzelle oder deren Raum 0,30 Goldmark, für Versammlungsanzeigen 0,20 Goldmark pro Zeile.

Vom Gewerkschaftskongress in Breslau.

Es ist doch etwas Großes, die freie Arbeiterbewegung. Man glaubt, die Zeit vor dem Kriege liegt um 50 Jahre zurück, wenn man einen Gewerkschaftskongress von heute sieht. Ist es nicht, als hörte man den Flügel Schlag der Zeit, wenn der Vorsitzende des Gewerkschaftsbundes den zu seinen Füßen sitzenden Vertretern der Regierung mit ruhigen, aber desto stärker tönenden Worten den Ernst der Zeit ins Gedächtnis ruft und verkündet, daß die organisierte Arbeiterklasse sich mit allen Mitteln gegen die Verelendungsabsichten der Unternehmer wenden würde? Klingt es nicht ganz eigenartig, wenn der Vertreter einer Rechtsregierung erklären muß, daß die Gewerkschaften innerlich gefestigt seien, dies beweise die Lebenskraft, Daseinsberechtigung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation? Es liegt in diesen Nebenerscheinungen etwas Zukunftsreiches, Großes. Wenn es nur von den Arbeitern so verstanden würde!

Man spricht davon, daß der Einfluß der organisierten Arbeiterklasse im Schwinden begriffen sei. Und doch deuten die nervösen und überhasteten Beschlüsse der Unternehmer schon auf das Gegenteil hin. Ihre Maßnahmen, die den Kampf zwischen Kapital und Arbeit bis zur Seitehänge steigern, beweisen, daß sie die geschlossene Macht der Arbeiterklasse fürchten. Wenn es aber noch eines Beweises bedürft hätte, dann hat der Gewerkschaftskongress in Breslau die Reaktionen im gegnerischen Lager und die Kleingläubigen bei uns eines andern belehrt.

Am historischen Stätte, dort, wo Lassalle, der große Erwecker der Arbeiterklasse, geboren wurde und bestattet liegt, trat das große Arbeiterparlament, der diesjährige Gewerkschaftskongress, zusammen. Breslau, die Metropole des Ostens, schenkte der Arbeiterbewegung einen weiteren großen Sohn: Theodor York. Es war das erstemal, daß ein Gewerkschaftskongress im östlichen Gebiet des Reiches tagte. Breslau hat sich als Kongressstadt sehr würdig gezeigt. Der Ortsausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Breslau hatte alles getan, um die Vertreter der Gewerkschaften im schönen Gewerkschaftshaus würdig zu empfangen und durch zahlreiche Veranstaltungen in ihrem Gedächtnis das Andenken an Breslau noch lange lebendig zu erhalten.

Der Begrüßungsabend wurde ausgefüllt von künstlerischen Konzerten, ausgeführt von einer 125 Mann starken Kapelle freierorganisierter Berufsmusiker. Manche alten Kämpfer und Weggenossen sahen sich an jenem Abend wieder und frischten alte Erinnerungen auf. Am Montag, 31. August, fanden am Grabe Lassalles feierliche Kranzniederlegungen statt. Vom ADGB sprach Graßmann, vom Internationalen Gewerkschaftsbund Mertens (Brüssel). Ferner hielten noch kurze Ansprachen Torberg (Schweden), Maden (Dänemark), Schorch (Österreich), De la Bella (Holland), Tayerle (Tschechoslowakei), Dürr (Schweiz) und Kwabschinsky (Polen). Sie alle hoben die Bedeutung des großen Toten hervor.

Inzwischen ging die Eröffnung des Kongresses vor sich. 313 Delegierte, Vertreter der Regierungen und Behörden, zahlreiche Gäste und Vertreter der Presse waren anwesend, als Leipart den Kongress der Gewerkschaften Deutschlands als eröffnet erklärte. In seiner Begrüßungsansprache konnte er darauf hinweisen, daß die Regierungen und Behörden sich auch diesmal zahlreich eingefunden hätten. Er begrüßte die anwesenden Herren und sprach den Wunsch aus, daß sie der Tagung der größten Arbeitermacht Deutschlands das gebührende Interesse entgegenbringen möchten. Leipart hieß ferner die Vertreter der ausländischen Bruderorganisationen herzlich willkommen. Diese waren gekommen aus Österreich, Ungarn, Schweden, Dänemark, Holland, Polen, Rumänien, Lettland, dem Memelland, der Schweiz und der Tschechoslowakei. Den Internationalen Gewerkschaftsbund und zugleich die belgische Gewerkschaft vertrat Mertens, Brüssel. Das Reichsarbeitsministerium und zugleich die preussische Staatsregierung vertrat der Staatssekretär Geib. Leipart dankte den Gewerkschaftsgenossen des Auslandes, die in schwierigen Zeiten die deutsche Arbeiterschaft nicht vergessen haben und den Gewerkschaften durch materielle Unterstützung das Fortleben erst ermöglichten. Als Vertreter der Stadt Breslau war der Oberbürgermeister Dr. Wagner erschienen. Die Provinz Schlesiens vertrat der Oberpräsident Zimmer. Um nur die Wichtigsten zu nennen, die hergekommen waren, um zu bezeugen, daß ein solches Arbeiterparlament das Interesse der Öffentlichkeit verdient. Nachdem Leipart auf die außerordentlich schwierigen Verhältnisse der heutigen Zeit hingewiesen und der seit dem letzten Gewerkschaftskongress verstorbenen Kämpfer gedacht hatte, erklärte er den Kongress für eröffnet.

Als Vertreter des Ortsausschusses Breslau begrüßte Ruffert den Kongress. Er gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Gewerkschaften den Weg nach Breslau

gefunden hätten, und hob die Bedeutung der Arbeiterbewegung Breslaus und der der Provinz Schlesiens im einzelnen hervor. Der Oberbürgermeister Dr. Wagner entbot dem Kongress den Gruß der Stadt Breslau. Breslau befände sich in einer schweren Krise; nicht weniger als 25 000 Arbeitslose würde die Stadt in den nächsten Wochen zu verzeichnen haben. Die Überwindung einer solchen Krise sei ohne die Hilfe der erfahrenen Führer der Gewerkschaften nicht möglich; deshalb begrüße er es, den Kongress in Breslaus Mauern tagen zu sehen.

Im Namen des Reichsarbeitsministeriums und des preussischen Staatsministeriums richtete der Staatssekretär Geib an den Kongress Worte der Begrüßung. Er entschuldigte das Fernbleiben des Reichsarbeitsministers, der diesmal nicht erscheinen könne. Die schweren Jahre seit dem Leipziger Gewerkschaftskongress seien für die Gewerkschaften Jahre größter Kraftanstrengung gewesen. Daß die Gewerkschaften heute noch stark und innerlich gefestigt dastehen, beweise von neuem die Lebenskraft, Daseinsberechtigung und Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation. Diese Tatsache wisse der Staat zu würdigen. Der Staat ist sich darüber klar, daß er auf sozialpolitischem Gebiet unbedingt der freiwilligen und verantwortungsvollen Mithilfe der Gewerkschaften bedarf. Die Mitarbeit der Gewerkschaften, gleichberechtigt mit der der Unternehmerverbände, sei eine der notwendigen Unterlagen des neuen Arbeitsrechts. Die großen sozialpolitischen Gesetzgebungsarbeiten, die für die nächste Zeit vor uns stehen: Arbeitsrechtsgesetz, Arbeitslosenversicherung, Arbeiterschutzgesetzgebung, lassen sich ohne die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften nicht lösen. Deshalb trachte das Reichsarbeitsministerium der Tagung besonderes Interesse entgegen.

Der Oberpräsident der Provinz Schlesien, Zimmer, wies in seiner Begrüßungsansprache auf die schwierige Lage Schlesiens als Grenzland hin, das besonders durch den Vorkrieg mit Polen hart mitgenommen wird. Es wäre dringend zu wünschen, daß dieser Handelskrieg bald zu Ende gehen möge. Auch er sei sich vollständig darüber klar, daß die sozialen Nöte der Zeit nur mit Hilfe der Gewerkschaften überwunden werden können.

Mertens, Brüssel, überbrachte die Grüße des Internationalen Gewerkschaftsbundes und der gesamten übrigen auf dem Kongress vertretenen ausländischen Bruderorganisationen. Nach einleitenden Worten, die in Deutsch vorgelesen werden, spricht Genosse Mertens im temperamentvollen Französisch. Die Rede wird später von Kummer überseht. Mertens würdigt die internationale Bedeutung Lassalles, er freue sich, in dessen Heimatstadt reden zu können. Er gedachte ferner der großen deutschen Männer Marx, Engels, Bebel und Legien. Deutschland sei das Mutterland der Gewerkschaftsinternationale, dessen seien sich die Arbeiter anderer Länder wohl bewußt. Hierauf ging Genosse Mertens auf die internationalen Probleme der Arbeiterbewegung ein und berichtete, daß die Arbeiter aller Länder sich im Kampfe um den Achtstundentag befänden. Ferner sei vor allem die Jugendbewegung von sehr großem Interesse. Er wünschte der gewerkschaftlichen Tagung den besten Erfolg, wobei er der Ueberzeugung Ausdruck gab, daß dies mehr oder weniger für die Gewerkschaften aller Länder richtunggebend sei. Starke Beifall lohnte den Redner für seine Ausführungen.

Das Internationale Arbeitsamt vertrat Direktor Donau, Berlin. Er dankte für die Einladung des Kongresses und betonte, daß das Internationale Arbeitsamt zum ersten Male auf einem deutschen Gewerkschaftskongress vertreten sei. Das Arbeitsamt sei den deutschen Gewerkschaften für die tatkräftige Unterstützung sehr dankbar. Es könne bei der kurzen Zeit seines Bestehens über namhafte Erfolge berichten. Zahlreiche internationale Verträge zum Schutze der Arbeiter seien bereits ratifiziert, und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens wäre eine dringende Notwendigkeit für den Arbeiterschutz aller Länder. Eine wesentliche Voraussetzung hierfür sei allerdings die Mitwirkung der Gewerkschaften. Leipart dankte dem Vertreter des Internationalen Arbeitsamtes und bemerkte, daß den deutschen Gewerkschaften die Mitarbeit am Arbeitsamt erleichtert werden möge und vor allem die deutsche Sprache Anerkennung finden müsse.

Aufhäuser von der Ufa und Falkenberg vom Allgemeinen deutschen Beamtentum überbrachten die Grüße ihrer Organisationen und betonten die fruchtbringende Wirkung, die das Dreieinigkeit: Arbeiter, Angestellte und Beamte, für die deutsche Arbeiterbewegung gehabt habe. Leipart dankt allen Rednern für ihre warmen Worte und drückt den Wunsch aus, daß das Interesse auch fürderhin lebendig bleiben möge.

Dann folgte die Konstituierung des Kongresses. Als Vorsitzende wurden gewählt: Leipart (ADGB) Bran-

des (Metallarbeiterverband), Schumann (Verkehrsbund). Als Schriftführer wurden gewählt: Thiemig (Fabrikarbeiterverband), Bernhard (Baugewerksbund), Weiser (Bekleidungsarbeiter), Ahlers (Holzarbeiter), Semmerich (Buchdrucker), Reichelt (Textilarbeiter). Ferner wurde eine Redaktionskommission und die Mandatsprüfungskommission gewählt.

Den Bericht des Bundesvorstandes erstattete der Vorsitzende Leipart. Redner ging von der politischen Situation aus, wie sie sich nach dem Gewerkschaftskongress in Leipzig durch den Mathenaumord und anderes ergeben habe. Die notwendige Folge sei die Forderung zum Schutze der Republik gewesen, die der Gewerkschaftsbund mit allen Mitteln unterstützt habe. Auch in der folgenden Zeit hätten die Gewerkschaften, mehr als es ihnen lieb sei, politische Aufgaben übernehmen müssen. Eine derartig enge Verflechtung der Wirtschaft und des Staates verlange, daß die Gewerkschaften die politische Initiative ergreifen. Dies um so mehr, weil die Unternehmer in steigendem Maße Einfluß auf die Regierungsmaschinerie des Staates bekommen haben. Doch nicht minder groß sei die Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete der Sozialpolitik gewesen. Hier sei vor allen Dingen die Sorge für die Erwerbslosen zu erwähnen. Eine Arbeitslosenversicherung stünde bevor, und die Gewerkschaften müssen versuchen, derartige Gesetze so günstig wie möglich zu gestalten. Leipart geht dann auf den Ruhrkampf ein und verteidigt die Maßnahmen, die der Gewerkschaftsbund getroffen habe. Er erwähnt hierbei die Vorschläge der verschiedensten Art, die der Bund der Regierung machte und die in den meisten Fällen leider nicht erfüllt wurden. Nachdem Leipart die furchtbaren Folgen des Inflationsjahres mit einigen Strichen gezeichnet, kam er auf die Kämpfe in der Stabilisierungsperiode zu sprechen. Hier sei besonders der Kampf um die Arbeitszeit zu erwähnen, den die Unternehmer mit verdoppelter Wucht zu führen begannen. Die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit haben an Schärfe von Monat zu Monat zugenommen und sind heute da angelangt, daß schwere Konflikte kaum mehr zu vermeiden sind. Je mehr sich nun die Politik nach rechts entwickelte, je mehr fanden die Unternehmer Bundesgenossen in der Regierung. Die Gewerkschaften hatten also einen Kampf nach zwei Seiten zu führen, und deshalb sei die Tätigkeit der Kommunisten mit aller Schärfe zu beurteilen. Sie haben der Gewerkschaftsbewegung den schwersten Schaden zugefügt. An positiven Vorschlägen habe es gemangelt; desto mehr sei die organisationschädliche Tätigkeit in den Vordergrund getreten. Leipart erwähnte noch die Leistung der Mitgliedsbeiträge. Diese hätten für das Jahr 1924 nur durchschnittlich 19,27 M beiragen, während sie im Jahre 1918 noch 29,41 M betragen haben. Die Mitgliederbewegung sei leider eine rückgängige gewesen, und es müssen alle Anstrengungen darauf gerichtet werden, die Reihen der Gewerkschaftsverbände zu stärken. Zum Schluß geht Leipart noch einmal auf die gegenwärtige Situation ein und betont, daß die schwierigen Verhältnisse nur überwunden werden können, wenn der Gewerkschaftsbund in seinen Maßnahmen die größtmögliche Hilfe und Unterstützung der breiten Masse erfahre.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht war äußerst lebhaft. Ditzmann (Metallarbeiterverband), Krauß (Metallarbeiterverband), Galm (Sattlerverband), Piska (Metallarbeiterverband), Hübsch (Textilarbeiterverband), Schäfer (Metallarbeiterverband), Simon (Schuhmacherverband), Susemann (Bergarbeiterverband), Brey (Fabrikarbeiterverband) und andere begründeten die zum Geschäftsbericht gestellten Anträge, oder suchten Mittel und Wege zu zeigen, wie die Tätigkeit des Gewerkschaftsbundes sich in nächster Zeit gestalten müsse.

Hoffmann, Hamburg, sprach für die Konsumgenossenschaften und Lesche, Hamburg, für die Volkshilfe. Der Direktor Meyer der Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten legte die Ziele und die Aufgaben der Arbeiterbank dar.

In seinem Schlußwort ging Leipart auf die Diskussion ein und antwortete besonders den beiden auf dem Kongress anwesenden kommunistischen Vertretern. Den Regierungsvertretern gab Leipart die Mahnung auf den Weg, daß der ADGB gewillt sei, mit allen Mitteln die berechtigten Wünsche der Arbeiterklasse zu unterstützen. Auf eine Einsicht der Unternehmer sei leider nicht zu rechnen, wie allerneueste Rundgebungen von den Unternehmerverbänden beweisen. Wenn die vorgelegten Richtlinien des ADGB restlos befolgt und von den Arbeitern unterstützt werden, dann würde es nicht schlecht um die Arbeiter bestellt sein.

Zahlreiche Anträge zum Geschäftsbericht verfielen der Ablehnung beziehungsweise wurden nicht genügend unterstützt. Die grundlegenden Anträge des Bundes zur Arbeitszeitfrage usw. werden angenommen.

Wirtschaft und Wirtschaftsdemokratie.

Der Gewerkschaftskongreß erreichte einen besonderen Höhepunkt, als Professor Dr. Hermberg, Leipzig, über die deutsche Wirtschaft sprach. Er führte aus:

Es ist falsch, die Krisen der heutigen Wirtschaft als durch Kriegs- und Nachkriegszeit zu erklärende unabänderliche Tatsachen aufzufassen. Trotz Krieg und Inflation ließe sich vieles ändern. Festzuhalten ist vor allen Dingen, daß wir heute keinen Rohstoffmangel, sondern in der Hauptsache Absatzschwierigkeiten zu verzeichnen haben. Entscheidend für den Lebenspielraum ist die Rohstoffbasis nicht, auch nicht die politische Machtlosigkeit trägt daran die Schuld, was dadurch bewiesen wird, daß unsere hauptsächlichsten Exportländer solche Staaten sind, in denen wir politisch einflußlos sind.

Die Krise der Wirtschaft wird in der kapitalistischen Auffassung weiter darauf zurückgeführt, daß die deutsche Wirtschaft mit Lasten aller Art beladen sei. Diese Vorbelastung sei es, so erklären sie, die den Produktionsprozeß ungeheuer erschwere. Demgegenüber ist festzustellen, daß andere Länder weit mehr eine Steigerung der öffentlichen und sozialen Lasten zu verzeichnen haben, als dies in Deutschland der Fall ist. Diese beträgt zum Beispiel in England das Vierfache, in Amerika das Fünffache und in der Schweiz das Dreifache, während in Deutschland bestenfalls eine doppelte Belastung von öffentlichen Abgaben zu verzeichnen ist.

Die Belastung der deutschen Wirtschaft durch den Friedensvertrag und die sozialen Abgaben wird aber reichlich ausgeglichen durch die verhältnismäßig niedrigen deutschen Löhne. Während wir in andern Ländern eine Steigerung der Goldlöhne bis zu 300 % zu verzeichnen haben, weist der deutsche Goldlohn von heute nur eine Steigerung von 150 % für ungelernete und von 132 % für gelernte Arbeiter auf. Bestenfalls kann man eine Steigerung der Goldlöhne gegenüber der Friedenszeit um 50 % annehmen. Die Ersparnis der Unternehmer an Arbeitslöhnen gegenüber den europäischen Durchschnittslöhnen beträgt 33 % pro Stunde für den gelernten und 20 % für den ungelerten Arbeiter. Für die Gesamtheit der Industriearbeiter Deutschlands berechnet, macht dies eine Ersparnis von 8 Milliarden Mark im Jahre aus. Selbst bei Annahme von Fehlerquellen könnte immer noch eine Ersparnis von 4 Milliarden Mark auf das Entlastungskonto verbucht werden. Die Vorbelastung der deutschen Wirtschaft wird durch diese Tatsache vollständig aufgehoben. Nicht schlechter brauchen die deutschen Volksgenossen heute zu leben als in Friedenszeiten.

Der Grund der deutschen Konkurrenzlosigkeit liegt einzig und allein in der technischen und organisatorischen Rückständigkeit der Produktionsbetriebe. Die Unternehmer versuchen, die Wettbewerbsfähigkeit zu erhöhen, einerseits durch die Monopolisierung des Inlandmarktes und durch das einfachste aber gefährliche Mittel: Herabsetzung der Löhne. Die Gewerkschaften sind berufen, dem mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten. Deshalb ist es notwendig, den Kampf um Erhöhung der Löhne zu führen und vor allem die lange Fixierung der gegenwärtigen Lohnhöhe durch Tarifverträge zu verhindern. Die Preisabbauktion der Regierung setzt Verhältnisse voraus, die heute absolut nicht gegeben sind, weshalb die Aktion sich zu einer Komödie auswirkt. Ein Preisabbau ist in einer ungezügelter Wirtschaft unmöglich. Die Gewerkschaften dürfen sich durch solche Aktionen von ihrem gerechten Kampfe um kurzfristig fixierte Löhne nicht abhalten lassen. Von einer Wirtschaftsführung, die mit Betriebsführung durchaus nicht identisch ist, kann heute in Deutschland nicht gesprochen werden. Die kapitalistische Wirtschaft ist heute anarchischer denn je. Demgegenüber ist es ein erhebendes Gefühl, den großen Faktor der Volkswirtschaft, die Arbeit, geschlossen in den Gewerkschaften zusammengefaßt zu sehen. Die Gewerkschaften schützen hier eines der wertvollsten Güter der Wirtschaft, und ihre Aufgabe ist und bleibt es, den Kampf um den Lohn und den Kampf um die Freizeit der Arbeiter zu führen. Der bessergestellte Arbeiter hat sich noch immer als der beste Kämpfer erwiesen. Der Mensch muß gegen die Wirtschaft der Unternehmer verteidigt werden, die Gewerkschaften sind die einzige Macht, diesen Kampf zu führen.

Die Frage der Wirtschaftsdemokratie wurde von Jädel, Textilarbeiterverband, behandelt. Man kann nicht von einer nur deutschen Krise sprechen, sondern muß erkennen, daß diese Krise international ist. In allen Ländern hat es sich gezeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft zur Überwindung dieser Krise unfähig ist. Man verlangt überall, besonders in Deutschland, eine Steigerung der Ergiebigkeit der Arbeit. Dies führt dazu, daß die Mechanisierung, wie wir sie in Amerika sehen, ungeheure Fortschritte macht. Doch in dieser Mechanisierung, wie sie von Taylor und Ford entwickelt wurde, kann nie und nimmer das Heil der Menschheit gesehen werden. Vielmehr muß die persönliche Energie des einzelnen Arbeiters zur Ausbildung gelangen. Darüber hinaus muß eine Demokratisierung der Wirtschaft erreicht werden. Diesem Bestreben setzen die Unternehmer den heftigsten Widerstand entgegen. Mit desto größerem Nachdruck ist eine Wirtschaftsdemokratie von der Arbeiterschaft zu fordern. Es ist notwendig, darauf hinzuweisen, daß dies nur im scharfen Kampfe mit dem Unternehmertum zustande gebracht werden kann. Doch man sollte sich über eins nicht im unklaren sein, daß eine Demokratisierung der Wirtschaft nur von einer intellektuell geschulten Arbeiterschaft verwirklicht werden kann. Die Arbeiterschaft muß den Wirtschaftsprozess mit ihrem Geiste zu durchdringen versuchen.

Aber noch andere Wege sind beschritten worden, und hier ist besonders auf die praktische Wirtschaftsführung durch die Arbeiter in den Konsumgenossenschaften, in der Bauhüttenbewegung und den Arbeiterbanken zu verweisen. Ein anderer Weg, die Demokratisierung der Wirtschaft zu erreichen, ist die Einflußnahme des Staates und der Kommunen auf wirtschaftliche Betriebe. Sofern die politische Macht der Arbeiterklasse stark genug ist, vermag sie die Betriebe in öffentlicher Hand zu beherrschen.

Doch darüber hinaus muß die Errichtung eines Wirtschaftsparlamentes gefordert werden. In Deutschland bestehen 156 Handelskammern und Wirtschaftskammern der Unternehmer. Hier befinden sich teilweise die Schaltel der Wirtschaft, und die Arbeiterschaft muß versuchen, durch paritätische Teilnahme hier Einfluß zu gewinnen. Die arbeitenden Massen Deutschlands müssen ein gleichberechtigtes Glied der Wirtschaft und Gesellschaft sein. Neben dem demokratischen Staat muß eine demokratische Wirtschaft errichtet werden. Von dieser Plattform aus ist der Sozialismus leichter zu erringen.

Die Diskussion über diese zwei großen Fragen stand auf einer bemerkenswerten Höhe. Das bereits von den beiden Referenten vorgebrachte Material wurde noch wesentlich durch die Diskussionsredner ergänzt. Eggert vom ADGB wies besonders auf die außerordentlich wichtige Frage der Zollgesetzgebung hin, wodurch bewiesen sei, daß eine wirtschaftspolitische Führung in Deutschland in dieser Frage dennoch vorhanden ist. Die Zollgesetzgebung ist eine große Lohnbewegung der besitzenden Klasse. Das der Öffentlichkeit unterbreitete Zahlenmaterial über die passive Handelsbilanz ist falsch. Gefährlich ist es deshalb, durch Einschränkung des Verbrauches und eine ungesunde Steigerung des Exports den Ausgleich der Handelsbilanz herbeizuführen. Die prinzipielle Frage, ob man reine Arbeiterkammern oder paritätische Besetzung der Unternehmerkammern fordern soll, wurde auf dem Kongreß scharf umstritten. Der Kongreß entschied sich für Annahme der Entschließung des Bundesvorstandes, die paritätische Kammern vorseht. (Schluß folgt.)

Gewerkschaften und Wirtschaftsparlamente.

Nach Artikel 165 der Reichsverfassung sind zwar die Arbeiter und Angestellten dazu berufen, gleichberechtigt in Gemeinschaft mit den Unternehmern an der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung der produktiven Kräfte mitzuwirken. Aber von dieser in der Verfassung zugesagten Wirtschaftsordnung sind bisher nur die Betriebsräte und außerdem der „vorläufige Reichswirtschaftsrat“ ein Nebengebäude ohne Fundament — das von der Arbeiterschaft in keiner Weise als Einlösung des Regierungsversprechens angesehen wurde, verwirklicht worden. Es besteht nun der allzubegründete Verdacht, daß die Reichsregierung überhaupt nicht daran denkt, diesen zugesagten Ausbau der Wirtschaftsordnung vorzunehmen. Die Reichsregierung ist so naiv, zu glauben, daß die Arbeiterschaft sich damit beruhigt, wenn der vorläufige Reichswirtschaftsrat nunmehr durch einen endgültigen Reichswirtschaftsrat — ohne große Änderungen — abgelöst wird, ohne daß gleichzeitig die Frage des Unterbaues des Reichswirtschaftsrates und der Mitwirkung der Arbeiterschaft in den Berufskammern gelöst wird. Dem Vernehmen nach ist bereits ein Gesetzentwurf zum „endgültigen“ Reichswirtschaftsrat dem „vorläufigen“ Reichswirtschaftsrat zur Beratung zugegangen. Er ist noch nicht veröffentlicht. „Man kennt ihn zwar nicht, aber man mißbilligt an ihm“, daß die Frage des Unterbaues des Reichswirtschaftsrates überhaupt nicht berührt ist. Nach der Verfassung gehört zur Bildung des endgültigen Reichswirtschaftsrates der Zusammentritt der öffentlich rechtlichen Vertretung der Arbeiterschaft, also der Reichsarbeitererrat. Dieser ist bis jetzt noch nicht geschaffen. Der endgültige Reichswirtschaftsrat soll ohne ihn errichtet werden. Das Zustandekommen dieses Gesetzes bedingt demnach eine Änderung der Verfassung. Die Arbeiterschaft wird aber dieser Verfassungsänderung niemals zustimmen, wenn nicht vorher Garantien und Sicherheiten gegeben werden, in welcher Weise die in Artikel 165 vorgesehene Wirtschaftsordnung im ganzen durchgeführt werden wird. In erster Linie handelt es sich hierbei nach dem Sinn und Wortlaut der Verfassung um die Frage der Mitwirkung der Arbeiterschaft bei den bestehenden Berufskammern, den Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern. Zur Zeit werden diese Kammern von den Regierungen der Länder zu Gesetzesvorlagen gehört, zu Berichten über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufgefördert, zu Berichten, die zum Beispiel in Preußen der Öffentlichkeit übergeben werden. Die Unternehmer haben also heute durch die Mitarbeit der Handelskammern ein direktes Monopol der Einflußnahme auf Gesetzgebung und öffentliche Meinung. Die in der Tagespresse während der letzten Wochen abgedruckten Äußerungen der Handelskammern beweisen dies zur Genüge. In der einseitigsten Weise nehmen die Unternehmer darin gegen die sozialen Forderungen der Arbeiterschaft Stellung.

Glaubt die Reichsregierung angesichts dieser Verhältnisse im Ernst daran, daß die Arbeiterschaft auf die ihnen in der Verfassung zugesagte gleichberechtigte Mitwirkung in den Handelskammern verzichten wird? Die Arbeiterschaft fordert die Erfüllung ihres verbrieften Rechts. Die Arbeiterschaft fordert einheitlich paritätische Wirtschaftskammern für Industrie und Handel, das Handwerk und die Landwirtschaft. Dazu gehört die Einheitlichkeit des Verwaltungsbetriebes, des Geschäftsganges, der Geschäftseinrichtung und der Unterbringung, Partizipation in den Vollversammlungen, in der Besetzung des Vorstandes, der Ausschüsse, der Beamten und in der Verwaltung von Sondereinrichtungen. Die Reichsregierung hatte bereits Vorarbeiten für die Ausgestaltung der Berufskammern in Angriff genommen. Sie hat die Entwürfe auf das Betreiben der Unternehmer, insbesondere der Industrie- und Handelskammern, zurückgestellt. Es wird Aufgabe der Arbeiterschaft im Parlament sein, die Vorlage dieser „stillgelegten“ Gesetzentwürfe zu fordern.

Nur einer dieser Entwürfe soll demnach das Licht des Reichstages erblicken, nämlich die Reichshandwerksordnung. Obwohl sich die Länder bereits mit dem Handwerkskammergesetz befaßt und Vertreter der Handwerkskammern also diesen Entwurf beraten haben, ist es den Gewerkschaften nicht möglich gewesen, sich mit ihnen des näheren zu befassen. Man weiß nur so viel, daß in der letzten Fassung dieses Entwurfs die Beteiligung der Arbeiterschaft aufs neue gekürzt worden ist. Es sollen lediglich Gesellenkammern gebildet werden, die nur zur Frage der Lehrlingsausbildung Stellung zu nehmen

haben. In dieser Fassung dürfte wohl der Gesetzentwurf von der Arbeiterschaft rundweg abgelehnt werden.

Schon seit Jahresfrist hat sich bei der Reichsregierung das Bestreben gezeigt, die Anhörung der Arbeiterschaft von seiten der Regierungsstellen einzuschränken. So wurde auch der vorläufige Reichswirtschaftsrat abgebaut. Seine Ausschüsse wurden eingeschränkt und sein Initiativrecht durfte er unter Bevormundung der Reichsregierung ausüben. Obwohl die Richtlinien zum endgültigen Reichswirtschaftsrat bereits 1923 von dem vorläufigen Reichswirtschaftsrat ausgearbeitet waren, konnte man sich nicht entschließen, die Vorarbeiten für den endgültigen Reichswirtschaftsrat zu fördern. Man fand es bequemer, den vorläufigen Reichswirtschaftsrat zu entreechten, ohne sich auf eine endgültige Regelung festzulegen. Es mußten erst alle Wirtschaftskreise geschlossen gegen diesen unwürdigen Zustand ankämpfen, um endlich die Reichsregierung zu veranlassen, den genannten Referententwurf zum endgültigen Reichswirtschaftsrat fertigzustellen. Es ist von der gegenwärtigen Regierung nun nicht zu erwarten, daß ihr Entwurf auf die Forderungen der Arbeiterschaft eingestellt ist. Soweit der Entwurf bekanntgemorden ist, will er die Zahl der Mitglieder des endgültigen Reichswirtschaftsrates vermindern. — Man spricht von 125 Mitgliedern gegen 320 im vorläufigen Reichswirtschaftsrat. — Gegen diese Verkleinerung hat die Arbeiterschaft nichts einzuwenden, wenn dabei ihren Ansprüchen auf gleichberechtigte Vertretung gegenüber den Unternehmern Rechnung getragen würde. Dieses Prinzip der Parität ist allerdings im vorläufigen Reichswirtschaftsrat in erster Linie durch die vom Reichsrat ausgewählten Vertreter durchbrochen worden, der fast ausschließlich der Unternehmerchaft angehört. Die Arbeiterschaft ist nicht gewillt, sich nochmals in dieser Weise über die Ohren hauen zu lassen. Sie fordert daher eine paritätische Vertretung der Arbeitnehmer bei den von der Reichsregierung und dem Reichsrat ausgewählten Vertretern wie gegenüber den Unternehmern, den Genossenschaften und Gemeinden. Die Arbeiterschaft hat weiterhin kein Interesse an einem Reichswirtschaftsrat, der nicht die Möglichkeit besitzt, auf die Entschlüsse der Reichsregierung und Gesetzgebenden Körperschaften Einfluß zu üben. Wenn die Gesetzesvorlagen, wie es bisher geschieht, dem Reichswirtschaftsrat erst zugehen, nachdem das Reichskabinett hierzu endgültig Stellung genommen hat, und wenn die Entschlüsse des Reichswirtschaftsrates nur in gedruckter Form — papierfortfertig — dem Reichstag und Reichsrat zugeföhrt werden, so ist die sogenannte Mitwirkung des Reichswirtschaftsrates an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte lediglich eine Farce. Die Stellung des endgültigen Reichswirtschaftsrates muß deshalb in jeder Weise gehoben und gefestigt werden. Die Vorlagen der Reichsregierung müssen dem Reichswirtschaftsrat vor der Entschliehung des Reichskabinetts zur Begutachtung zugehen. Es muß dem Reichswirtschaftsrat die Möglichkeit gegeben werden, dem Reichstag und Reichsrat gegenüber seine Gutachten mündlich zu vertreten. Diese Forderungen sind von dem Verfassungsausschuß des vorläufigen Reichswirtschaftsrates bereits erhoben worden. Es ist aber zu befürchten, daß ihnen die Reichsregierung nicht in vollem Umfang Rechnung getragen hat. Im Gegenteil dürfte die Reichsregierung es versuchen, den Reichswirtschaftsrat in seiner Bedeutung zu schmälern dadurch, daß sie auf seine Geschäftsführung und Vertretung entscheidenden Einfluß zu nehmen sucht. Man spricht davon, daß sich die Reichsregierung mit der Absicht trägt, die Leitung des Reichswirtschaftsrates selbst in die Hände der Regierungsvertreter zu legen. Wenn die Reichsregierung in dieser Weise den Reichswirtschaftsrat zu einem Hausbeirater der einzelnen Ministerien zu machen strebt, wird sie wohl auf die Beteiligung der Arbeiterschaft verzichten müssen. Da aber die Vertreter der Arbeitnehmer im Reichstag zu den verfassungsändernden Gesetzen zustimmen haben, besteht doch die Aussicht, daß die Reichsregierung mit ihren Absichten scheitern wird. Die Arbeiterschaft ist jedenfalls nicht gewillt, auch nur eines der in der Verfassung verbrieften Rechte aufzugeben.

Neues Lohnabkommen im englischen Baugewerbe.

Die Nationale Föderation für das Baugewerbe, die einen guten Teil der Bauarbeiterorganisationen erfährt, ließ am 31. August eine Abstimmung stattfinden über ein neues Lohnabkommen, das außer den Löhnen auch eine bedeutende Änderung in der Maschinerie für die bestehenden Verhandlungsmethoden vorschlägt.

Schon im Kriege hatte man zur Festsetzung der Löhne den Index als Grundlage genommen und an diesem System auch nach dem Kriege festgehalten. Als Basis des neuen Lohnes würden 78 Punkte über den Index von 1914 genommen, die Steigerung der Lebensmittel und Bedarfsartikel beträgt zur Zeit 70 % über dem Index vom Juli 1914. Die neue Lohnregelung sieht nun vor, daß wenn der Index um 6 1/2 Punkte steigt oder fällt, so hat der Lohn um 4 % zu steigen oder zu fallen. Jedoch soll die Anpassung von nun an jährlich erfolgen und nicht wie bisher alle 6 Monate. Als Basis dient der Jahresdurchschnitt des Index. Die im Juli 1924 nach längeren Auspurrungen in verschiedenen Städten in Kraft getretene Lohnerhöhung von 4 % bleibt auf ein weiteres Jahr bestehen. Die Lohnsätze der Zimmerleute sind dieselben wie die der Maurer und betragen zur Zeit 70,90 M pro Woche. Die Regelung der Löhne soll von nun an im Januar erfolgen und die dann vereinbarten Löhne treten am 1. Februar in Kraft.

Der im Jahre 1921 zustandegekommene „Rat für Löhne und Arbeitsbedingungen“ soll aufgehoben werden und an seine Stelle tritt ein „Vereinigte Nationaler Rat für das Baugewerbe“. Der Grund für diese Reorganisation ist darin zu suchen, daß, wie wir bereits an dieser Stelle berichteten, eine der größten Organisationen, die Vereinigte Union der Bauarbeiter, im Mai von der Föderation abspaltete. Die Vereinigte Union, die sich aus den zwei größten Organisationen der Maurer, der Nationalen Organisation der Stukkateure sowie der Granit- und Zementarbeiter zusammensetzt, wurde im Jahre 1921 gegründet.

2250, Seehausen i. d. Mtm. 380, Sebda 50, Singen 2550, Sohlund 2200, Sülze 245, Schildau 870, Scheuditz 1950, Schönberg i. M. 420, Schwaan 1070, Schwarzenberg 900, Schwebt 200, Schwenningen 100, Schwenin 3360, Stargard in Mecklenburg 590, Staßfurt 2800, Stavenhagen 790, Stendal 710, Sternberg i. M. 480, Stollberg 700, Storfow 260, Straußberg 100, Strehla 670, Tangerhütte 180, Tangermünde 900, Tefsin 790, Teterow 1450, Torgau 540, Trebbin 950, Velten 1250, Waldenburg i. S. 280, Waldheim 1580, Waren 700, Warin 440, Warnemünde 400, Weferslingen 310, Weitzenburg 300, Weitzenfels 1200, Wendisch-Friborn 60, Weidau 2100, Werder 1140, Werneuchen 100, Wernigerode 2400, Wismar 800, Wittenberg 930, Wittenburg 180, Woldeh 80, Wurzen 2000, Zäcker 150, Zehna 180, Zarentin 110, Zehdenitz 80, Zeitz 2950, Zerbst 1380, Zettin 80, Zittau 10 600, Zörbig 860, Zossen 1580, Zwenkau 1250, Zwickau 10 500.

Die nachfolgenden Zahlstellen haben für das 2. Quartal eine Abrechnung noch nicht eingefandt. Die mit einem Stern (*) bezeichneten Zahlstellen haben zwar die Abrechnung eingefandt, aber unterlassen, den Mitgliederbestand am Schlusse des 2. Quartals und die Mitgliederbewegung in dem Quartal einzutragen:

- Gau Ost- und Westpreußen: Bischofsburg.
- Gau Schlesien: Grünberg, Leobschütz.
- Gau Pommern: Falkenburg, Laffan, Tribsee, Wolgast.
- Gau Brandenburg: Kyritz, Meyenburg, Müllrose und (*Neuruppin).
- Gau Provinz Sachsen und Anhalt: Croppenstedt, Derenburg, Neuhalbensleben.
- Gau Schleswig-Holstein-Oldenburg: Quakenbrück, Wismar.
- Gau Thüringen: Buttstädt, Crawinkel, Rönigsee, Stückerbach, Wacha, Waltershausen, Zella-Mehlis.
- Gau Hessen: Fessen-Nassau: Gattenbach, Marburg.
- Gau Württemberg: Calw, Ebingen, Eßlingen, Hall, Nürtingen, Rottweil, Singen, Stocach.
- Gau Baden: Pirmasens.

Die Zahlstellenvorstände wie die Gauleiter werden hiermit dringend ersucht, umgehend die Einsendung der fehlenden Abrechnungen zu veranlassen.

Zur besonderen Beachtung für die Kassierer!

Die Freimarken in unserm Verbands haben den Zweck, das Mitgliedsbuch während der Erwerbslosigkeit des Mitgliedes in Ordnung zu halten, ohne daß für diese Zeit Beiträge entrichtet werden; das besagt aber keineswegs, daß anstatt derer auch die einfache Abstempelung der Beitragsfelder genügt. Im Gegenteil muß ein Mitgliedsbuch, in welchem die Beitragsfelder nur abgestempelt sind — ohne daß die pp.-Freimarken geklebt sind — als lückenhaft bezeichnet werden. Ein solches Buch ist nicht in Ordnung und muß beim Umtausch und bei etwaiger Anmeldung des betreffenden Mitgliedes zurückgewiesen werden. Es muß daher dringend ersucht werden, in Fällen der Erwerbslosigkeit unter allen Umständen Freimarken zu kleben.

Eine Ausnahme ist nur gestattet für die von der stattgehabten Aussperrung während der Zeit von der 29. bis zur 36. Beitragswoche betroffenen Mitglieder. Für diese Zeit der Aussperrung waren die betreffenden Mitglieder ebenfalls vom Beitrag befreit. Für diesen einzigen Fall sind die Beitragsfelder mit dem handschriftlichen Vermerk „Streit“ und dem Beitragsstempelabdruck zu versehen; in allen anderen Fällen sind bei Erwerbslosigkeit Freimarken und während eines Streiks Beitragsmarken zu kleben. **Wolff Römer, Kassierer.**

Unsere Lohnbewegungen.

Zur Situation in Rheinland und Westfalen. Für das bisherige Verhandlungsgebiet Rheinland und Westfalen wurde nach vorausgegangenen Kampfmaßnahmen am 22. Mai dieses Jahres ein Lohnabkommen vereinbart, das frühestens am 1. September zum 30. September gekündigt werden konnte. Nunmehr haben die bezirklichen Arbeitgeberverbände des Hoch- und Tiefbaugewerbes das Lohnabkommen mit Schreiben vom 29. August gekündigt. „Die Verbände beabsichtigen“ — so heißt es in dem Schreiben — „von diesem Zeitpunkt an eine den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Neuregelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse vorzunehmen. Die in Frage kommenden Anträge werden Ihnen noch zugestellt.“ Auf diese Anträge kann man gespannt sein; aus ihnen wird hervorgehen, in welchem Maße sich die Bauarbeitgeber dem Diktat der Schwerindustrie und des Bergbaues zu fügen gewillt sind.

nicht nur das Haus und der Garten, sondern auch der weite, grüne Raum allüberall dazwischen. Ja, Weite und Fülle an Raum und Licht hat der Mensch nötig, wenn er auch geistig weitschauend und seelisch groß werden soll.

Die Gründung war ein Experiment, und niemand dachte damals, daß diese Gründung den Anfang des Werdens eines großen Gedankens bedeutete. Erst allmählich erkannte man, daß sich die Entwicklung in dieser Richtung zu vollziehen hätte. In Gartenstädten müssen Wohnung und Arbeitsstätte geeint sein, und in Letzworth, weit draußen vor London, bietet uns England zum ersten Male die bewusste Gründung einer Gartenstadt, der *Welwyn*, etwas näher bei London, zu folgen verspricht.

Die Gartenstadt in diesem besonderen Sinne bietet dem Menschen nicht nur das Heim im Garten, sondern auch in geringer Entfernung die Arbeitsstätte. Die Gartenstadt ist eine Neuerfindung von Wohnung und Arbeitsstätte draußen auf freiem Gelände. Der Mensch wohnt in Licht und Grün und hat dennoch nicht nötig, lange Zeit in Verkehrsmitteln und staubigen Straßen zu verbringen. Sein Weg zur Arbeitsstätte führt durch frohe Bohnstraßen, an Rasenflächen vorbei, unter grünen, schattigen Bäumen. Man muß das Herrliche solch einer Arbeits-Wohnstadt selbst erlebt haben, um in ganzer Größe die Ueberzeugung zu bekommen, daß hier der Schlüssel zu einer besseren kulturellen Zukunft liegt.

Es handelt sich hier nicht um Utopien. Auch auf dem Amsterdamer Internationalen Städtebaufongress sprach sich die Fachwelt im vorigen Jahre für den Wert der Gartenstädte aus, und das weltberühmte Beispiel von Letzworth beweist, daß nicht durch Erweiterung der Großstadt ins Unendliche, sondern durch planmäßige Verteilung von Industrie und Bevölkerung auf Gartenstädte der Weg beschritten wird, der zu einer idealen Lösung des Wohnungsproblems führt. Und wenn auch nicht alle beruflich in solchen Städten draußen wohnen können, so bringt den anderen die von großen Massen befreite Großstadt in ihren Vororten eine gesundheitlich und kulturell andere Wohnungsmöglichkeit, als sie die Masse der Arbeitenden heute hat.

Im Jahre 1904 wurde der Grundstein zu der Gartenstadt Letzworth gelegt und heute fast sie bereits 89 Industrien und 18 000 Menschen. Das ganze Gelände ist für eine Stadt von 30 000 Menschen gedacht. Das Industriegebiet befindet sich im Osten der Stadt, so daß der herrschende Wind den Rauch von der Stadt wegtreibt. Außerdem wird an Kraft in hohem Maße Gas und Elektrizität gebraucht, so daß auch dadurch eine Rauchbelästigung der Wohnstadt vermieden wird. Wenn man die traulichen Wohnstraßen durchwandert, merkt man nicht die Spur der Existenz eines Industriebezirks bei der Stadt. So haben die Bewohner keine Nachteile, sondern nur Vorteile von der Arbeits-Wohnstadt. Sie wohnen in schönen Häusern in der weit angelegten Stadt, ihr Weg von der Wohnung zur Arbeitsstätte ist ein Spaziergang und der Weg nimmt nicht einen wesentlichen Teil der freien Zeit in Anspruch, wie es nach der Statistik bei einem großen Teile deutschen Proletariats der Fall ist. Der Zweck des Achtstundentages wird erreicht. Der Sinn des Achtstundentages kann nur durch eine soziale Verbindung von Wohn- und Arbeitsstätte erfüllt werden.

Natürlich hat die Industrie oft besondere Verhältnisse nötig. So können Bergwerke nur da sein, wo die Bodenschätze zu finden sind. Hier muß sich das Wohnungswesen den vorhandenen industriellen Verhältnissen anpassen, wie es der Ruhrfeldungsverband für das Ruhrgebiet ertreibt. Wie im Wohnungswesen so ist jedenfalls im großen und ganzen die Tendenz der Abwanderung der Betriebe aus der Großstadt vorhanden und damit die gleiche Dezentralisierung wie im Wohnungswesen. Diese industrielle Dezentralisierung im Wohnungswesen bedeutet die soziale Lösung des Wohnungsproblems die „Gartenstadt“ in diesem besonderen Sinne, die natürlich ihre wirtschaftlichen und kulturellen Fäden zur Großstadt hat. Die Großstadt in ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung bleibt. Ein Verschwinden der Großstadt, wie man es vielfach irrträumlich als im Sinne dieser Entwicklung vermutet, ist einstweilen natürlich nicht möglich. So ist auch die typische englische Gartenstadt Letzworth, die die Augen der ganzen Welt auf sich lenkt, wirtschaftlich wie kulturell selbständig, soweit es nötig ist. Letzworth bietet dem Manne die Arbeitsstätte und der Jugend die allgemeine wie die höhere Schule. Dennoch ist die leicht erreichbare Großstadt London der starke wirtschaftliche wie auch kulturelle Hintergrund.

Natürlich sind solche wirtschaftlich selbständige und doch von der Großstadt wirtschaftlich abhängige Gartenstädte, die der Fachmann Trabantenstädte nennt, wohl zu unterscheiden von den Kolonien der wirtschaftlichen Unternehmungen. In den Arbeiter- wie Beamtenkolonien besteht der Arbeitsvertrag den Mietvertrag. Der Mensch ist an seine Wohnung gebunden durch die Arbeit. In der Gartenstadt wohnt der Mensch ohne jede Rücksicht auf das Unternehmen. Auch Catebury hat freiwillig diesen Zwang beseitigt. Der Mensch soll nicht auch in der Wohnung ein Sklave seines Arbeitgebers sein.

In Deutschland sind wir in der Lösung des Wohnungsproblems heute gewiß eingeschränkt. Und doch könnte es schneller besser werden, wenn man nicht so viel theoretisiert, statt nach englischer Art zu handeln und wenn man das Wohnungsproblem nicht zu einseitig von der ökonomischen Seite betrachtete. Da ist eine Werft in Rotterdam weiter als wir auf unsere Kultur so stolzen Deutschen. Ungeachtet des Defizits, das sie dabei macht, gibt die Werft den Arbeitern Gartenhäuser.

Notwendig aber ist vor allem auch nach dieser Richtung hin gerade für das schaffende Volk eine neue Weite des Blicks, damit es sein Schicksal auch auf diesem Gebiete in seine eigenen Hände nehmen kann. Wir müssen erkennen, daß wir auch im Wohnungswesen in einer Zeitenwende stehen und daß uns auch im Wohnungswesen nur ein neuer Gedanke retten kann. Die Großstadt ist das natürliche Kind des Kapitalismus. Mit der Befreiung vom Kapitalismus kann uns auch nur die Befreiung von der Großstadt retten. Das Problem: Heim und Arbeitsstätte ist das lebenswichtige soziale Problem unserer Zeit.

Wie ist es zu lösen? Da bietet uns England ohne Zweifel eine weite Perspektive. Wer da draußen die frischen Kinder, die vor der Befreiung der Industrie von der Großstadt auch zur Großstadt beurteilt waren, jetzt in der aufgelösten Großstadt zwischen Blumen auf saftigem Rasen in der Sonne spielen sah, der mußte erkennen, daß solch eine von aller kapitalistischen Ueberlieferung befreite, entschiedene Gestaltung wie Letzworth oder Welwyn mehr nationale Tat bedeutet als tausend deutsche reaktionäre soziale Fiktionen zusammen.



Veranstaltungsanzeiger.

- Montag, den 14. September:** Nachen: Gleich nach Feierabend in der Gewerkschaftsschule, Kleinkölnstr. 18.
- Dienstag, den 15. September:** Dortmund: Abends 7 Uhr im Gewerkschaftshaus, Vestingstraße 32 (Kleiner Saal).
- Mittwoch, den 16. September:** Liegnitz: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Volkshaus.
- Donnerstag, den 17. September:** Lauban: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Volkshaus. — Glogau: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Schalau, Taubenstr. 11. — Potsdam: Abends 7 1/2 Uhr Funktionärsitzung bei Prast, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.
- Freitag, den 19. September:** Coswig: Abends 8 Uhr im Volkshaus. — Dortmund, Bezirk Schwerte: Abends 8 Uhr in der „Reichstrone“. — Gmden. — Gelsenkirchen: Abends 7 Uhr bei Wülben, Gde Vereins- und Kampfstraße. — Münster i. W.: Abends 8 Uhr im Restaurant von Aug. Brintmann, Krummer Timpen 36/37. — Orlitzburg: Abends 6 Uhr bei Lipka, Am Markt. — Rendsburg: Abends 8 Uhr in Wends Gasthaus, Obererdestr.
- Sonntag, den 20. September:** Altdittling, Bezirk Simbach am Inn: Vormittags 9 1/2 Uhr im Gasthaus Sterner in Simbach. — Dortmund, Bezirk Anna-Ramen: Vormittags 9 Uhr in Anna im Gewerkschaftshaus Hügelstr. 8. — Eberswalde: Bei Paul Räß, Westend. — Köln, Bezirk Mülheim: Vormittags 10 Uhr bei G. Weise in Deuz, Mülheimer Straße 187. — Neuhalbensleben. — Neuk, Bezirk Grevenbroich.

Anzeigen.

Zahlstelle Groß-Berlin und Umgebung.

An alle Kameraden im Reich!

Um den vielen Anfragen aus allen Teilen des Reiches zu begegnen, teilen wir den Verbandskameraden folgendes mit: In Berlin und Umgebung ist erst zum Teil die Arbeit aufgenommen, weil die Unternehmer glauben, Maßregelungen vornehmen zu können. Es sind hier noch viele Kameraden arbeitslos. Zuzug ist somit nach Berlin und Umgebung strengstens fernzuhalten. [3,30 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Essen.

Trotzdem im „Zimmerer“ schon wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß die Kameraden das rheinisch-westfälische Industriegebiet meiden sollen, reisen hier täglich Kameraden zu, ohne daß die Möglichkeit für dieselben vorhanden ist, Arbeit zu finden. Wir warnen deshalb vor Zuzug und werden den zureisenden Kameraden keinerlei Lokalunterstützung mehr gewähren können. [2,70 M.] Der Vorstand.

Achtung!

Zahlstellenkassierer und Platzdelegierte!

Der Zimmerer **Wilhelm Lemke**, geboren am 26. November 1896 (Buch-Nr. 416 335), ist aus der Zahlstelle **Gumbinnen**, ohne seiner Verpflichtung nachzukommen, abgetrennt. Die Kameraden, die mit ihm arbeiten, werden gebeten, ihn an seine Pflicht zu erinnern und seine Adresse sofort an den Kassierer **Fritz Pohl**, Rominter Straße 9, zu senden. [3,30 M.] Der Vorstand.

Achtung, Zahlstellenkassierer!

Der Zimmerer **Rudolf Feuske**, zuletzt wohnhaft in Lyck, wird gebeten, in seinem eigenen Interesse seine Adresse sobald wie möglich an den Zahlstellenkassierer **Karl Dannenfeldt**, Vgl. Sündenburgstr. 17a, zu senden. [2,10 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Neustrelitz. [1,80 M.]

Zureisende Kameraden haben sich, bevor sie nach Arbeit umschauen, beim Kassierer **Franz Staffeldt**, Zierker Straße 61, oder beim Vorsitzenden **Paul Dahlandorf**, Adolf-Friedrich-Straße 4, zu melden. Der Vorstand.

Zahlstelle Warin i. M.

Umzuschauen verboten! Zureisende Kameraden haben sich, bevor sie nach Arbeit umschauen, beim Kassierer zu melden. [1,50 M.] Der Vorstand.

Otto Putzer, gebürtig aus Roda, Prov. Sachsen, sende Otto Matzdorf, Garh a. d. O., Gr. Ziegenstr. 79. [90 S.]

Albert Fuchs, Zimmerer aus Lauta, Kreis Torgau a. d. Elbe, sende Deine Adresse recht bald an Deine um Dich sorgenden Eltern. Kameraden, die seinen Aufenthalt wissen, wollen ihn darauf aufmerksam machen. [1,50 M.]

Die Herberge der Freien Vogtländer in München befindet sich Oberer Anger 27, „Zum schwarzen Bock“. [90 S.] Die Freien Vogtländer zu München.

Heim und Arbeitsstätte.

Von Dr. Gustav Hoffmann.

11.

Den Anfang dieser Entwicklung bedeutete das Gartendorf *Beurnville* bei Birmingham, das der im vorigen Jahre leiber verstorbenen Schokoladenfabrikant *Catebury* gegründet hat. Catebury war einer der wenigen sozialen Fabrikanten. Er war Quäker und von einem großen wahrhaft religiösen menschlichen Tatgefühl getragen. Als die englische Regierung ihn während des Burenkrieges um Schokoladenlieferung für das englische Heer anging, verweigerte er als entschiedener Kriegsgegner die Lieferung. Wo ist in Deutschland solch ein Fabrikant?

Dieser prächtige Mensch Catebury sah auch das Wohnungselend seiner Arbeiter mit offenen Augen und warmem Herzen, und deshalb verlegte er seine Fabrik von Birmingham hinaus auf das Land, und gründete dort zugleich eine Siedlung für seine Angestellten und Arbeiter.

Eine Siedlung? Man kann diese Häuser in blühenden Gärten, durchzogen von großen, freien, grünen Flächen, nach deutschen Siedlungsbegriffen nicht mehr so nennen. Es sind Häuser und Straßenzüge, hineingeworfen in Parks. Hier wurde nicht mit Raum gezeit. Hier gehört die Erde den Menschen. Hier gehört zur Wohnung